

Was machen eigentlich Gewerkschaften?





**Stefanie Münch, 21
Technische Zeichnerin
in Neumarkt, IG Metall-Jugend**

Zunächst bin ich der Gewerkschaft nur beigetreten, weil man das als Auszubildendenvertretung eben so macht. Doch recht schnell hat sich bei mir dann auch der Gedanke breit gemacht, dass ich was bewegen und mich für die anderen wegen einsetzen will, die mich schließlich auch als ihre Vertretung gewählt haben. Ohne die Leistung von uns Arbeitnehmern wären die Arbeitgeber nämlich nichts. Deshalb müssen sie ihre Angestellten auch fair behandeln, sie also gerecht entlohnen handeln, und nicht ausbeuten.

Herausgeber:

DGB Bundesvorstand Abteilung
Jugend und Jugendpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
www.dgb-jugend.de

V.i.S.d.P.: Ingrid Sehrbrock

Redaktion: Mirjam Blumenthal

Gestaltung: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

Fotos: Thomas Rosenthal

Druck: PrintNetwork pn GmbH

7. Überarbeitete Auflage Stand Dezember 2012

Gefördert aus Mitteln des BMFSFJ

»Junge Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, sich generell für politische Arbeit, wie etwa der Mitarbeit in Gremien, freustellen zu lassen.«

Beschluss der Bundesjugendkonferenz

Was machen Gewerkschaften?

Gewerkschaften setzen sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, egal ob es sich um Angestellte, Auszubildende oder Beamtinnen und Beamte handelt. Außerdem engagieren sie sich für Menschen, die Arbeit suchen.

Ihre Stärke in beiden Bereichen hängt vom Engagement ihrer Mitglieder ab, unabhängig davon, ob es um Lohnforderungen oder gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen, wie z.B. die Diskussion um Hartz IV geht. Als unabhängige Arbeitnehmerorganisation sind sie allein ihren Mitgliedern verpflichtet und bestimmen und gestalten durch ihr Handeln für soziale Gerechtigkeit den Alltag im Arbeitsleben mit. Vertreten sie doch die größte gesellschaftliche Gruppe – die der Arbeitnehmenden – und das seit über hundert Jahren.

Zusammenhalten. Wenn es um ordentliche Entlohnung und bessere Arbeitszeiten geht, wenn es Ärger in der Ausbildung gibt oder gar eine Kündigung droht, dann haben Beschäftigte mit einer starken Gewerkschaft im Rücken gute Karten. Wie viel die Gewerkschaft für Einzelne und für die gesamte Arbeitnehmerschaft herausholt, hängt vom Engagement ihrer Mitglieder ab: Nur mit einer breiten und aktiven Basis setzt sich die Gewerkschaft gegenüber den Arbeitgebern durch.

Überparteilich, aber nicht unpolitisch. Die Gewerkschaften nehmen keine Rücksicht auf die Positionen der politischen Parteien, denn sie fühlen sich nur ihren Mitgliedern verpflichtet. Dennoch handeln sie politisch und Parteien, Regierungen und Behörden können die Meinung der Gewerkschaften nicht außer Acht lassen. Ihre Meinung hat Gewicht und ihre Themen sind vielfältig: gerechte Verteilung und Bezahlung der Arbeit, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Ausbildungsplätze und Bildungschancen für alle jungen Menschen, Mitbestimmung in den Betrieben, Menschenrechte, Umweltschutz sowie die Bekämpfung von Rassismus überall.

Alte Hüte? Vieles, was die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten hart erkämpft haben, kommt uns heute selbstverständlich vor. Das ist es aber nicht. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, gute Tarifabschlüsse etc. sind von den Mitgliedern der Gewerkschaften hart erkämpft worden. Und es gibt immer neue Herausforderungen: Unternehmen drohen mit dem Abbau von Arbeitsplätzen, manche bilden überhaupt nicht mehr aus und die Zahl der schlecht bezahlten, unsicheren Jobs steigt. Allein kann man wenig tun, zusammen dagegen sehr viel. Deshalb gibt es Gewerkschaften.

1848/1849

Erst zehn Prozent der Bevölkerung sind in der Industrie beschäftigt. »**Arbeiterverbrüderung**« als erste politische Arbeiterorganisation. Die **bürgerliche Revolution** scheitert und wichtige Forderungen der Arbeiter werden nicht erfüllt. Trotzdem steigt das Bedürfnis, sich zu organisieren und sich gemeinsam gegen die Unterdrückung zu wehren.

1869

Koalitionsfreiheit: Ein wichtiger Schritt für die offizielle Arbeit der Gewerkschaften. Sie werden mit der Koalitionsfreiheit erstmals rechtlich zugelassen. Trotzdem unterliegen sie alltäglicher Unterdrückung von Seiten des Staates, der fast ausschließlich für die Bedürfnisse der Industrie handelt. Die Forderungen der Arbeiter nach mehr Lohn, mehr Freizeit und Mitbestimmung im Betrieb stehen gegen den Drang der Unternehmer nach grenzenloser Profitmaximierung auf Kosten der Arbeitnehmer/innen.

Von Staatsfeinden...

»Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will« – In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden in den Staaten des deutschen Bundes die ersten Industriebetriebe. Im Gegensatz zum kleinen Handwerksmeister waren sie in der Lage, mit mehr Menschen und erstmals mit Maschinen eine größere Masse an Produkten herzustellen. Doch der Profit, der dadurch entstand, wurde nicht angemessen mit den Arbeitern geteilt. Immer stärker drehte sich die Schraube der Ausbeutung. Was vorher der einzelne Arbeiter für sich und seine Familie verdiente, wurde nun von der ganzen Familie verdient. Männer, Frauen und ihre Kinder schufteten zwölf und mehr Stunden täglich, sieben Tage in der Woche. An Urlaub war nicht zu denken und wer krank wurde oder sich bei einem der häufigen Arbeitsunfälle verletzte, war auf sich allein gestellt. Die Hungerlöhne reichten gerade zum täglichen Überleben – und oft nicht einmal dazu. Mehrere Arbeiterfamilien mussten sich eine Wohnung teilen, tagsüber vermieteten sie ihre Betten an »Schlafburschen«, die nachts arbeiteten.

»Zusammen gegen Obrigkeit und Kapital«:

Die Fabrikbesitzer hatten sich schon längst zusammengeschlossen und arbeiteten mit der Hilfe des Staates zusammen, wenn es Streiks gab. Polizei schützte dann die Betriebe, doch niemand schützte die Familien vor dem Verhun-

gern und den Krankheiten, die durch Unterernährung und schlechte hygienische Verhältnisse entstanden. Reichskanzler Bismarck schaffte es schließlich, mit Hilfe des Parlaments, die sogenannten »Sozialistengesetze« zu installieren. Diese führten zu einer scharfen Verfolgung aller, die versuchten, sich im Sinne der Arbeiter zu organisieren. Die Unternehmen versuchten, die Gewerkschaften zu ignorieren, und setzten deren auffällig gewordene Mitglieder einfach auf die Straße. Die Behörden des Kaiserreichs drangsalierten sie, Verhaftungen und Vereinsverbote waren nicht ungewöhnlich.

Trotz Verbot organisierten sich immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter in Gewerkschaften. Ihre Forderungen, unter anderem nach mehr Lohn und finanzieller Unterstützung bei Krankheit, begleiteten sie. Obwohl sie lange Zeit zersplittert waren in Berufsverbände, getrennt nach ArbeiterInnen, Angestellten und Beamten und darüber hinaus getrennt durch politische oder religiöse Richtungen.

Solidarität: Zusammenhalt ist der wichtigste Grundsatz von Gewerkschaften. Man pennt das auch Solidarität: sich füreinander einzusetzen und sich zu unterstützen, auch wenn man selbst gerade nicht von einem Problem betroffen ist.

1873

Die Buchdrucker vereinbaren den Zehn-Stunden-Tag (**erster Tarifvertrag**).

1881

Im Gegenzug zum Verbot politischer Arbeiterorganisationen erlässt Bismarck **Gesetze zur Unfall-, Kranken- sowie Alters- und Invalidenversicherung**.

1889

Der 1. Mai wird als Kampftag der Arbeiter initiiert. Zum 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille vereinbarten 400 Delegierte auf einem internationalen Kongress folgende Resolution: »Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderungen richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen (...). In An-

...zu einer starken Arbeitnehmermacht

Auch die Anfang der dreißiger Jahre innerhalb der Freien Gewerkschaften geführte Diskussion über eine parteipolitisch neutrale Vereinigung der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungsverbände zur Stärkung der Gewerkschaftsarbeit in wirtschaftlichen Krisenzeiten und als Schutzmaßnahme vor der drohenden nationalsozialistischen Gefahr erstarb mit dem 30. Januar 1933.

Die Gewerkschaften wurden von den Nationalsozialisten zerschlagen. Bereits am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser gestürmt und die Funktionäre verhaftet, gefoltert und in KZs gesperrt. 1934 wurde das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (AOG) geschaffen, mit dem nahezu alle kollektivrechtlichen Bestimmungen der Weimarer Republik außer Kraft gesetzt wurden. Dieses Gesetz verfolgte zwei Grundgedanken: »Im Betrieb arbeitet der Unternehmer als Führer des Betriebes und die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft ...«

Alles, was mit Demokratie und Interessenvertretung zu tun hatte, fand nicht nur durch Organisationsverbote und neue Gesetze den Tod. Zehntausende GewerkschafterInnen kämpften weiter, trotz blutiger Verfolgung durch die Nazis. Tausende mussten in diesem Kampf ihr Leben lassen.

Arm, weil krank?

Wer krank ist, bekommt keinen Lohn – früher war das wirklich so. Erst als 1956 über 34.000 Metallarbeiter 114 Tage streikten, damit die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Krankheit besser abgesichert werden, beschloss der Bundestag 1969/70 ein Gesetz zur vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Neuanfang – der Kampf blieb der gleiche! Gewerkschafter, die schon während der Weimarer Republik aktiv gewesen waren, sorgten dafür, dass Betriebe 1945/46 wieder produzierten. Ihre starke Position gegenüber der alliierten Militäradministration in den Westzonen berief sich vor allem auf deren Förderung der demokratischen Kräfte vor 1933, welche vor allem die politisch Verfolgten des Naziregimes waren, und den Rückhalt aus den Belegschaften der Betriebe. Sie organisierten nicht nur die Produktion im Betrieb, sondern halfen Mitarbeitern auch, überlebenswichtige Dinge zu bekommen, unter anderem durch den organisierten Tauschhandel zwischen den Betrieben*. Der anfängliche große Einfluss der Gewerkschaften und Betriebsräte nahm dann in dem Maße ab, wie mit der Verschärfung des Kalten Krieges die West-Alliierten stärker auf die traditionellen Führungskräfte der Wirtschaft und der Verwaltung setzten.*

* »Leberwurst aus Sägespäne« von Klaus Peter Creamer im Beltz Verlag

1892

betrachtet der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (...) für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.«

Erster Allgemeiner Gewerkschaftskongress. Frauen werden formell zu gleichberechtigten Mitgliedern. Berufliche Zentralverbände, keine ausschließlich lokalen Organisationen.

1904

Mit der Gründung erster **Vereine der Arbeiterjugend** in Berlin und Mannheim begann der selbst organisierte Kampf der arbeitenden Jugend um soziale Rechte und eine Zukunft ohne Ausbeutung. Zündender Anlass war unter anderem der Freitod des Schlosserlehrlings Paul Näring, der sich wegen Misshandlungen durch den Lehrmeister im Grunewald erhängt hatte.

Nach 1945 gründeten die GewerkschafterInnen, die den braunen Terror überlebt hatten, in den Westzonen die heutigen Mitgliedsge-
werkschaften mit ihrem Dachverband Deut-
scher Gewerkschaftsbund (DGB). Mit der
Schaffung der Einheitsgewerkschaft wurde die
Trennung der GewerkschafterInnen in politi-
sche und weltanschauliche Richtungen über-
wunden.

Die Gewerkschaften etablierten sich in der
Bundesrepublik wieder als starke gesellschaft-
liche Kraft. Sie sorgten für zahlreiche Neuerun-
gen zugunsten der ArbeitnehmerInnen und Ar-
beitnehmer: Fünf-Tage-Woche, Kündigungs-

schutz, Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im
Krankheitsfall etc.

Von den Verbesserungen, welche die organi-
sierte Arbeitnehmerschaft über die Jahre er-
reicht hat, profitieren viele – nicht zuletzt auch
die Unternehmen. Daran muss man die Arbeit-
geber allerdings gelegentlich erinnern. Fort-
schrittliche Tarifverträge kosten auf den ersten
Blick zwar mehr Geld, sind aber im Hinblick auf
faire Löhne wichtig für die gesamte Wirtschaft.
Durch einen Tarifvertrag wird die Konkurrenz,
die wir als ArbeitnehmerInnen uns selbst sein
können, ausgeschlossen. Das Recht, Tarifver-
träge zu schließen, ist teil des Grundgesetzes
Art. 9, Abs 3.

**Stefan Otten, 29, Lokomotivführer in Köln, Jugend
der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)**

Bereits während meiner Ausbildung zum Lokomotivführer
habe ich die Gewerkschaftsarbeit kennengelernt. Sehr
schnell nach meinem Eintritt habe ich bemerkt, dass ich
gemeinsam mit meinen Kollegen meine Interessen und
die der Anderen besser durchsetzen kann. Ich engagiere
mich ren dafür, dass die Gesetze nicht verschlechtert wer-
den, dass sich die Lohnspirale nicht weiter nach unten
dreht und dass die ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer
im Allgemeinen besser dastehen. Wir leben eben im Ka-
pitalismus und sollten gemeinsam dafür sorgen, dass wir
das Soziale mit meinsam mitgestalten und die Mitbestim-
mung der einzelnen gestalten Menschen stärken.



1906

Nach heftigen Konflikten zwischen der SPD als einer nun koalitions- und kompromissberei-
ten Volks- und Regierungspartei auf der einen sowie den Gewerkschaften als traditionelle
Vertretung der Arbeitnehmerschaft auf der anderen Seite. Dieser Konflikt fand – formal –
seine Lösung mit dem 1906 geschlossenen »Mannheimer Abkommen«, das die grundsätz-
liche Gleichberechtigung beider Organisationen festschrieb. (Uneins – aber einig? Zur Ge-
schichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften. Eine Ausstellung der Friedrich-
Ebert-Stiftung zum 100. Jahrestag des »Mannheimer Abkommens« von 1906)

1914

Erster Weltkrieg. Politik des
Burgfriedens und Gewerk-
schaftsführung stimmen der
Kriegspolitik zu – mit einer Aus-
nahme: Karl Liebknecht. Im Ge-
genzug formale Anerkennung
der Gewerkschaften.

Wozu noch Gewerkschaften?

Schön und gut, die historischen Erfolge, aber jetzt brauchen wir keine Gewerkschaften mehr, oder? Doch, brauchen wir, denn eines hat sich in all den Jahrhunderten nicht geändert: Die Unternehmen wollen Profit machen. Das sollen sie auch – aber nicht auf Kosten der Beschäftigten. Beispiel Arbeitszeit: In den letzten Jahren versuchen immer mehr Arbeitgeber, ein paar Stunden länger arbeiten zu lassen, ohne dafür mehr zu zahlen. Dagegen wehren sich die organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, notfalls auch mit Streiks.

Aber auch das Thema Leiharbeit zeigt deutlich, wie wichtig es ist, das Wort Solidarität mit Leben zu füllen. Statt ihren MitarbeiterInnen sichere Aus- und Arbeitsplätze zu bieten, stellen die Unternehmen immer mehr sogenannte Leiharbeiter ein. Diese Leiharbeiter brauchen klar unsere Solidarität. Gelebte Solidarität in einer großen Gemeinschaft ist einfacher als sich alleine zu wehren.



»Die Gewerkschaftsjugend fordert zur Verhinderung von Unterbietungskonkurrenz im Sinne von Lohn, Arbeitszeit- und Arbeitsbedingungen internationale Tarifstandards.«

Beschluss der Bundesjugendkonferenz

Heuern und feuern. Mit Minijobs, Scheinselbstständigkeit, Scheinpraktika und Zeitarbeit greifen unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse um sich. Die Unternehmen sparen sich so die Kosten für die Absicherung der Beschäftigten im Falle von Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit. Da hilft nur, sich zu wehren und in Gewerkschaften stark zu machen.

Im Zuge der Globalisierung hat die internationale Gewerkschaftsarbeit an Bedeutung gewonnen. Denn mit dem Hinweis auf den globalen Wettbewerb drücken Unternehmen die Löhne und verschlechtern die Arbeitsbedingungen. Produziert wird häufig da, wo es am billigsten ist, selbst wenn das Kinderarbeit bedeutet. Gewerkschaften kämpfen für gute Arbeit nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

1918

Novemberrevolution. Deutschland wird eine Republik. Gewerkschaften können Acht-Stunden-Tag und betriebliche Arbeiterräte durchsetzen. Doch die alten anti-demokratischen Eliten in Militär, Justiz, Bürokratie, Wirtschaft und Wissenschaft bleiben. Umformung der Generalkommission zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). Ausbau der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, eigene Verlage und Druckereien, gewerkschaftseigene Unternehmen im Bank-, Bau-, Wohnungs- und Versicherungswesen.

1920

Die Gewerkschaften rufen zum **Generalstreik** gegen den rechtsradikalen Kapp-Putsch auf, der die demokratische Weimarer Republik beseitigen will: Zwölf Millionen Lohnabhängige treten in den Ausstand und verhindern eine Militärdiktatur.

Wie geht es weiter? Die Arbeitswelt ist im Wandel. In den reichen Ländern des Westens löst die Dienstleistungsgesellschaft die Industriegesellschaft ab. Große Industriebetriebe werden weniger, die Beschäftigten verteilen sich auf kleine und mittelgroße Unternehmen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen mit ihrer Organisation, den Gewerkschaften, neue »Rezepte« entwickeln, wie sie sich dennoch gut organisieren. Und auch die weltweite Vernetzung der Gewerkschaften wird immer wichtiger, damit Arbeit ordentlich bezahlt wird.

Ebenso ist die gerechte Verteilung von Arbeit ein Ziel. Während die einen keinen Job finden, sollen die anderen Überstunden machen oder bis 67 arbeiten – das ist unsinnig. Denn zuviel arbeiten oder gar keine Arbeit finden macht oftmals krank.

»Wir lehnen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre kategorisch ab und fordern die Rücknahme dieser Entscheidung sowie darüber hinaus die deutliche Absenkung des Renteneintrittsalters.«

Beschluss der Bundesjugendkonferenz



1924

Inflation und Arbeitslosigkeit. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) verliert rund die Hälfte seiner Mitglieder (von 7,5 Millionen)

1930

Die letzte parlamentarisch gestützte, sozialdemokratisch geführte Regierung zerbricht an den **Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherung**. Grund: Die kapitalorientierte Deutsche Volkspartei lehnt eine gleichmäßige Belastung von Lohn- und Kapitaleinkommen ab.

1933

Die Weimarer Republik wird durch die **Machtübernahme der Nazis** zerstört. Die ArbeitnehmerInnenbewegung ist gespalten; es kommt nicht zu einer gemeinsamen Aktion gegen den Nationalsozialismus. Die ADGB-Führung erklärt sich gegenüber Hitler neutral. Ab dem 2. Mai zerschlagen SA-Trupps die Gewerkschaftsbewegung. Viele GewerkschafterInnen –

Was wollen die Gewerkschaften von der Politik?

Der DGB ist der Dachverband, in dem sich acht selbstständige Mitgliedsgewerkschaften zu einem Bund zusammengeschlossen haben. Diese Mitgliedsgewerkschaften sind nach dem sogenannten »Industrieverbandsprinzip« organisiert, d.h. ArbeitnehmerInnen haben sich nach dem Wirtschaftszweig, in dem sie beschäftigt sind, zusammengeschlossen.

Alle ArbeitnehmerInnen können Mitglied einer Gewerkschaft werden, ganz egal welcher Religion sie angehören oder zu welcher der demokratischen politischen Richtungen sie sich bekennen. Dadurch ist es möglich, dass sich die ArbeiterInnen, Angestellten und Beamten bei der Vertretung ihrer Interessen

»Wir fordern ein Grundrecht auf Ausbildung und auf Beschäftigung. Arbeit muss gerecht verteilt werden!«

Beschluss der Bundesjugendkonferenz

nicht zersplittern oder gegeneinander ausspielen lassen. Jede/r von Euch hat das sicherlich schon einmal festgestellt: Allein ist man schwächer. Menschen erreichen mehr, wenn sie mit anderen zusammen in einer Gruppe arbeiten.

Anna Hampf, 23, Studentin der Public Administration in Münster, Jugend der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Die Gewerkschaft ist eine für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtige Organisation, die sich für ihre Belange einsetzt. Ich finde, kurz gesagt, ihre Ziele und auch ihre gesellschaftliche Funktion sehr wichtig. Am bedeutendsten erscheint mir der Aspekt, dass die Gewerkschaften die Beschäftigten über ihre Rechte informieren und ihnen bei Problemen zur Seite stehen. Für die Zukunft wünsche ich mir faire Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne. Deshalb trete ich auch für den Mindestlohn ein, weil er den Beschäftigten ein Existenzsicherndes Einkommen garantiert.

8. MAI 1945

Mitglieder und Funktionäre – gehen in den Widerstand gegen die Nazi-Diktatur, woraufhin viele in Konzentrationslager, Zuchthäuser oder Gefängnisse gebracht und hingerichtet werden, wie z.B. Wilhelm Leuschner. Einige flüchten ins Exil.

Befreiung vom Nationalsozialismus. Bedingungslose Kapitulation Deutschlands: Vier Siegermächte übernehmen die Regierungsgewalt. Interesse an freien Gewerkschaften als »ein wesentliches Element für eine demokratische Ordnung in Deutschland«. Alliierte fördern Wiederaufbau von Gewerkschaften auf betrieblicher und lokaler Ebene. Funktionäre der ehemaligen Richtungsgewerkschaften planen Einheitsgewerkschaft und möglichst rasch zentrale Zusammenschlüsse. 1945 wird in der Sowjetzone (spätere DDR) der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) gegründet.



Die DGB-Jugend ist ein Teil des DGB und gleichzeitig ein eigenständiger Jugendverband. Alle unter 27 Jahren, die einer DGB-Gewerkschaft beitreten, sind auch bei uns dabei – zurzeit sind das knapp 500.000 Mitglieder. Manche von ihnen machen eine Ausbildung oder arbeiten, einige suchen einen Job oder einen Ausbildungsplatz, andere studieren, machen ein Praktikum oder gehen noch zur Schule. Wir setzen uns für sie alle ein; mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Beratung und Information.

Fragen zu Ausbildung, Job oder Praktikum? Auf unserer Internetseite (www.dgb-jugend.de) findest du Antworten – von A wie Auslandsaufenthalt bis Z wie Zeugnis. Wir erklären die wichtigsten Begriffe aus der Arbeitswelt, geben Tipps für die Berufswahl und schlagen vor, was man bei bestimmten Problemen tun kann.

Bildung für alle: Bildung muss allen gleichermaßen zustehen, unabhängig vom Elternhaus. Die Mitglieder der Gewerkschaftsjugend unterstützen dich in deinem Kampf für Chancengleichheit in der Bildung. Auch wenn du bereits arbeitest, hast du einen gesetzlichen Anspruch darauf, dich während der Arbeitszeit allgemein, beruflich oder politisch weiterzubilden. Wie viele Tage **Bildungsurlaub** pro Jahr dir zustehen und ob sie dir bezahlt werden, ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich.

Fortbildung wird bei uns großgeschrieben. Die DGB-Jugend veranstaltet Seminare zu verschiedenen politischen Themen. Und wir schulen in allem, was man für die politische Arbeit braucht: Rhetorik, Moderation, Kampagnenplanung. Wir bilden aber junge Menschen aus um selber Seminare in Schulen, Berufsschulen und Universitäten machen zu können. Um an den Kursen teilzunehmen, musst du nicht Gewerkschaftsmitglied sein, denn die Veranstaltungen stehen allen Interessierten offen.

Ein bisschen Spaß muss sein. Bei der DGB-Jugend und bei den Jugendabteilungen der einzelnen Gewerkschaften hast du eine große Auswahl an Freizeit- und Ferienangeboten.

Die DGB-Jugend fordert

- Chancengleichheit in der Bildung! Keine Kosten für Schule, Ausbildung und Studium!
- Ausbildung für alle – wer nicht ausbildet, soll zahlen!
- Faire Praktika mit Bezahlung!
- Besserer Unterricht an den Berufsschulen!
- Das Jugendarbeitsschutzgesetz soll die Jugendlichen schützen, nicht die Arbeitgeber!
- Übernahme nach der Ausbildung, zumindest für ein Jahr!
- Faire und solidarische Lastenteilung zwischen Jung und Alt!
- Kampf der Diskriminierung nach Herkunft oder Geschlecht!
- Selbstbestimmte und bezahlbare Freizeitangebote!

Was wollen ArbeitnehmerInnen in den Gewerkschaften von der Politik?

Gegenspieler und Verhandlungspartner der Gewerkschaften sind die Unternehmen und ihre Verbände, die Politik darf sich in Gewerkschaftsangelegenheiten nicht einmischen. Dieses Prinzip, die Tarifautonomie, hat sich bewährt. Aber nicht alle Fragen, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig sind, lassen sich mit der Arbeitgeberseite klären. Deshalb nehmen die Gewerkschaften Einfluss auf die Politik.

Ausbildung für alle! Damit mehr Menschen richtig am Erwerbsleben teilnehmen können, müssen die Arbeitgeber wieder in die Ausbildung investieren. Kaum zu glauben: Nicht einmal jeder vierte Betrieb in der Bundesrepublik beschäftigt Azubis. Was hat das mit der Politik zu tun? Ganz einfach: Weil die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft in den letzten Jahren keine neuen Ausbildungsplätze gebracht haben, ist Druck notwendig. www.ausbildung-fuer-alle.de

Her mit dem gesetzlichen Mindestlohn! Neben denen, die sehr viel verdienen, gibt es andere, deren Lohn kaum zum Überleben reicht. Dort, wo Gewerkschaften nicht über eine bessere Bezahlung verhandeln können, weil die Arbeitgeber nicht wollen oder die Beschäftigten sich

nicht ausreichend in Gewerkschaften organisieren, muss die Politik eingreifen: Der DGB fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von zunächst 8,50 Euro pro Stunde.

www.mindestlohn.de

Wie wollen wir leben?

Die Jugendinitiative der Gewerkschaftsjugend fragt Euch, als junge SchülerInnen, Auszubildende und Studierende, wie ihr leben wollt, und will mit den Ergebnissen Druck machen. Mehr Mitbestimmung und Politik von unten ist wichtig. Keine Stimme darf nur stellvertretend betrachtet werden. Bringt Euch mit ein:

www.wie-willst-du-leben.de

»Die Gewerkschaftsjugend arbeitet übergreifend gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Betriebe und in allen gesellschaftlichen Bereichen.«

Beschluss der Bundesjugendkonferenz

1947

In der britischen und in der amerikanischen Zone bildet sich der »**Gewerkschaftsrat der vereinigten Zonen**«.

1948

Am 20. Juli 1948 vollziehen die Besatzungsmächte der Westzonen die **Währungsreform**, daraufhin setzt am 24. Juli die Blockade Berlins durch die Sowjetunion ein. Im Oktober konstituiert sich in München der **DGB als Einheitsgewerkschaft**. Hans Böckler wird Vorsitzender. Verabschiedung des »Münchner Programms«. DGB organisiert sich nach dem Industrieverbandsprinzip: »Ein Betrieb – eine Gewerkschaft«.

1951

Der Bundestag beschließt das Gesetz über die **paritätische Mitbestimmung** für die großen Bergbau-, Kohle- und Stahlbetriebe: Im Aufsichtsrat bekommen die Beschäftigten gleiches Stimmrecht.

Wieviel ist meine Arbeit wert?

Meist mehr, als die Unternehmen zahlen wollen, das kennst Du vielleicht schon. Und wahrscheinlich hast Du auch gemerkt, wie schwer es ist, etwas mehr zu bekommen. Zumindest, wenn man allein ist.

Für ihre Mitglieder übernehmen die Gewerkschaften die Verhandlungen. Sie vereinbaren mit den Arbeitgebern bzw. deren Verbänden der jeweiligen Branche und Region Löhne, Arbeitszeiten, Sonderzahlungen und was sonst noch wichtig ist (etwa Überstunden, Urlaub oder die Übernahme von Azubis).

Die Tarifverträge, so heißen diese Vereinbarungen, laufen eine begrenzte Zeit und müssen dann wieder neu ausgehandelt werden. Für wen gelten die Tarifverträge? Einen rechtlichen Anspruch auf Bezahlung nach Tarifvertrag haben nur Gewerkschaftsmitglieder. Oft wenden die Arbeitgeber die Tarife auch auf die übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an. Das tun sie nicht aus Großzügigkeit, sondern nur, damit nicht noch mehr ihrer Angestellten einer Gewerkschaft beitreten. Aber Vorsicht: Je weniger Beschäftigte in einer Branche gewerkschaftlich organisiert sind, desto schwieriger ist es, einen guten Tarifvertrag zu erreichen.

Streit um Arbeitszeiten

- 1918: Acht-Stunden-Tag gesetzlich eingeführt (sechs Arbeitstage)
- 1956: DGB fordert die Fünf-Tage-Woche (Motto: »Samstags gehört Vati mir«)
- 1959: Fünf-Tage-Woche im Bergbau, 1960/61 bei Banken und Versicherungen, 1969 in der Druckindustrie
- 1967: 40-Stunden-Woche in der Metallindustrie, 1969 beim Bau, 1974 im öffentlichen Dienst,
- 1983 in der Landwirtschaft
- 1978 und 1984: Streiks in Metall- und Druckindustrie für die 35-Stunden-Woche; Ergebnis: 38,5-Stunden-Woche. Andere Branchen übernehmen später dieses Modell
- 1993 bis 1995: Einführung der 35-Stunden-Woche in der westdeutschen Metall- und Druckindustrie
- 2004: Beamtinnen und Beamte in Hessen und Bayern müssen wieder 42 Stunden arbeiten

1952

Parlamentarische Verabschiedung des **Betriebsverfassungsgesetzes**.

1954

Der DGB spricht sich gegen die **Wiederbewaffnung** der Bundesrepublik aus.

1955

Erstmals Forderung nach der **40-Stunden-Woche** und der Fünf-Tage-Woche.

1956

34.000 Beschäftigte der Metallindustrie erstreikten nach 114 Tagen einen Tarifvertrag, der die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Krankheit besser absicherte, da nun der Lohn bei Krankheit weitergezahlt wurde. Damit wurde ein Grundstein für die heutigen tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen zur Lohnfortzahlung bei Krankheit gelegt. (siehe 1969/70)

1958

DGB gibt sich ein **Grundsatzprogramm**.

Was bringt die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft konkret?

Die Gewerkschaften handeln gerechte Löhne, vernünftige Arbeitszeiten und faire Arbeitsbedingungen aus. Dazu muss man aber gelegentlich streiken. Und wer streikt, bekommt kein Geld – außer man ist Gewerkschaftsmitglied, denn ein Teil der Mitgliedsbeiträge fließt in die Streikkasse. Eine gute Investition.

Dein gutes Recht: Was tun, wenn es Stress mit dem Arbeitgeber gibt? Ob Kündigung, Streit um den Lohn oder ständige Überstunden – die Gewerkschaften leisten Rechtsschutz und tragen die Prozesskosten, falls es vor Gericht geht. Aber so weit muss es ja nicht unbedingt kommen, denn die Gewerkschaften bieten umfangreiche Beratungen an. Übrigens nicht nur zu Rechtsthemen, sondern auch zu verschiedenen Fragen rund um Arbeit, Beruf, Schule und Ausbildung. Persönlich, am Telefon und im Internet.

Unsere Adressen im Netz und vor Ort findest Du auf Seite 16.

Kann ich mir das leisten? Die Mitgliedschaft ist nicht umsonst, kostet Dich aber nicht viel: höchstens ein Prozent des Bruttoeinkommens, für Studierende und Erwerbslose gibt es niedrige Pauschalbeiträge (weniger als drei Euro im Monat).

Was finanziere ich damit?

Du finanziert damit, dass Kolleginnen und Kollegen mit Dir zusammen streiken können, einen guten Tarifabschluss bekommen und im Falle eines arbeitsrechtlichen Streites gut ausgebildetes Fachpersonal Dich kompetent berät und Dir aktiv hilft. Gewerkschaften sind Teil eines Interessengegensatzes. Die Arbeitgeberverbände sind mit ihren Mitgliedern, den Unternehmen, auf der einen Seite. Die Gewerkschaften sind mit ihren Mitgliedern, den ArbeitnehmerInnen auf der anderen Seite. Wo die Arbeitgeberverbände ihre Mitglieder darin unterstützen, dass sie ihren Profit maximieren können, kämpfen die Gewerkschaften unter anderem für mehr Lohn, Urlaub und qualifizierte Ausbildungen. Wer denkt, er müsste hier neutral bleiben, sollte sich mal das Leben ohne Gewerkschaften vorstellen. Jeder und jede muss einzeln verhandeln und sich selbst unterbieten, um einen Arbeitsplatz zu bekommen. Ohne Rechte. Keine schöne Vorstellung!

1967

Vertreter von Kapital und Arbeit sollen ihre Tarifpolitik an politisch vorgegebenen Lohnleitlinien orientieren. Damit wäre das Tor zur staatlichen Einmischung in die **Tarifautonomie** zwischen den Tarifpartnern (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) aufgestoßen.

1969/70

Gesetz über 100 Prozent **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall**. Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze (Einsatz der Bundeswehr nicht nur zur Landesverteidigung, sondern notfalls auch gegen die eigene Bevölkerung). DGB-Kongress gegen Notstandsgesetze.

1984

Kampf um die **35-Stunden-Woche**. Sieben Wochen Streik in der Metallindustrie und zwölf Wochen in der Druckindustrie.

1986

Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz zu einem **Anti-Streik-Paragrafen**. Demonstrationen und Kundgebungen des DGB mit rund eine Million Menschen.

Mitmachen, Mitbestimmen Mitglied werden

»Wer Arbeit hat, soll sich freuen und den Mund halten.«

Das würde manchen Vorgesetzten wohl so passen, aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben eine gute Möglichkeit, mitzureden: über den Betriebsrat. Überall, wo fünf oder mehr Menschen beschäftigt sind, können diese einen Betriebsrat wählen. Und das lohnt sich.

Arbeitsbedingungen: Von kleineren und mittleren Problemen, wie etwa ungünstigen Öffnungszeiten der Kantine, bis hin zu gravierenden Mängeln bei der Sicherheit am Arbeitsplatz und der Übernahme von Azubis nach der Ausbildung sorgen die Betriebsräte dafür, dass sich die Arbeitgeber um die Anliegen der Belegschaft kümmern. Und sie reden natürlich bei den Arbeitszeiten mit – wie sollen sie auf



Christoph Flecken, 22, aus Aachen, sucht einen Ausbildungsplatz, Jugend der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)

Ich suche schon seit längerem einen Ausbildungsplatz. Ich habe erkannt, wenn man Probleme im Beruf hat, dann muss man etwas verändern. Durch meinen Einsatz kann ich mir und allen Anderen helfen, die einen Ausbildungsplatz suchen. Ich setze mich für eine gerechtere Situation des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber ein und kämpfe für mehr Bildungschancen. Für die Zukunft wünsche ich mir gleiche Startchancen für alle und gleiche Chancen im Beruf. Für die NGG habe ich mich entschieden, weil ich später gerne in der Gastronomie arbeiten möchte.

1990

Nach dem **Fall der Berliner Mauer** arbeitet der DGB am Aufbau von Gewerkschaften in Ostdeutschland nach westdeutschem Vorbild.

1993

Mit der **»Aktion Gegenwehr«** kämpft der DGB gegen die Angriffe der Arbeitgeber und der Bundesregierung auf die Tarifautonomie.

1996

350.000 Menschen demonstrieren in Bonn gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100 auf 80 Prozent.

1998

Die DGB-Jugend mobilisiert über 40.000 junge Menschen **»für eine andere Politik«** nach Frankfurt am Main.

2002

Die Gewerkschaftsjugend mobilisiert unter dem Motto **»Her mit dem schönen Leben!«** gemeinsam mit attac 40.000 Jugendliche nach Köln. Klare Message: »Eine andere Welt ist möglich!«

die einzelnen Tage verteilt werden, wann gibt es Pausen und wie geht man mit Überstunden um?

Vertrauensleute: Woher wissen die Gewerkschaften, was ihre Mitglieder wollen, wo in den Betrieben der Schuh drückt? Von den Vertrauensleuten, die von den Gewerkschaftsmitgliedern vor Ort gewählt werden. Sie geben die Forderungen der Basis an die hauptamtlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter weiter, etwa, ob Beschäftigungssicherung, höhere Einkommen, mehr Urlaub oder kürzere Arbeitszeiten im Mittelpunkt der nächsten Tarifverhandlungen stehen sollen.

Personalpolitik: Wenn Einstellungen, Versetzungen oder Kündigungen anstehen, muss der

»Es soll eine Gleichstellung des Rechtsanspruches auf Weiterbildungsurlaub von Auszubildenden mit Arbeitnehmer/-innen eingeführt werden, sodass Auszubildende und Arbeitnehmer/-innen in allen Bundesländern einen Anspruch auf mindestens fünf Tage Weiterbildungsurlaub je Jahr besitzen.«

Beschluss der Bundesjugendkonferenz

Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)

Jugendliche Beschäftigte oder Azubis haben bei Problemen eine besondere Anlaufstelle: ihre JAV. Die JAV kennt sich mit den Gesetzen, Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen, die Jugendliche oder Azubis betreffen, besonders gut aus. In Kooperation mit dem »erwachsenen« Betriebsrat verhandelt sie mit dem Arbeitgeber, um eine ordentliche und konfliktarme Ausbildung zu sichern.

Betriebsrat informiert und angehört werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerseite können zwar nicht alle strittigen Entscheidungen blockieren, wohl aber durch den sozialen Blick auf die Belegschaft versuchen, Schlimmeres zu verhindern. Außerdem prüfen sie, ob die Tarifverträge eingehalten werden und sind an der Gestaltung der Ausbildungspläne beteiligt.

Übrigens: Wenn ein Betriebsrat gewählt werden soll (im öffentlichen Dienst heißt er Personalrat), dürfen alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählen und gewählt werden – auch die Azubis.

2004

In Stuttgart, Köln und Berlin demonstrieren **300.000 Menschen gegen Sozialabbau.**

2005

Der DGB setzt sich mit der **BBiG-Kampagne** für eine Verbesserung der beruflichen Bildung ein. Es kommt zur Verabschiedung des neuen BBiG (Berufsbildungsgesetz) am 1.04.2005.

2011

Die Gewerkschaftsjugend startet die Jugendinitiative **»Wie willst du leben?«** Rund 210.000 Beschäftigte aus 1.360 Betrieben nahmen teil an den IG Metall-Aktionen unter dem Motto **»Arbeit – sicher und fair«**, flankiert von zahlreichen betrieblichen Aktionen der EVG, von ver.di, der IG BCE und der NGG. Mehrere hundert öffentliche Aktionen des DGB fanden im gesamten Bundesgebiet statt.

20XX

to be continued ...

Unsere Adressen im Netz und vor Ort

DGB-Jugend Baden-Württemberg

Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart
Tel.: 0711 / 202 82 48
www.dgb-bw.de/jugend

DGB-Jugend Bayern

Schwanthaler Straße 64
80336 München
Tel.: 089 / 51 70 02 24
www.dgb-jugend-bayern.de

DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

Keithstraße 1–3
10787 Berlin
Tel.: 030 / 21 24 03 12
jugend.berlin-brandenburg.dgb.de

DGB-Jugend Hessen

Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77
60329 Frankfurt
Tel.: 069 / 27 30 05 57
www.dgb-jugend-hessen.de

DGB-Jugend Thüringen

Warsbergstraße 1
99092 Erfurt
Tel.: 0361 / 596 14 61
www.thueringen.dgb.de

DGB-Jugend Niedersachsen und Bremen

Otto-Brenner-Straße 7
30159 Hannover
Tel.: 0511 / 126 01 60
www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de

DGB-Jugend Sachsen-Anhalt

Otto-von-Guericke-Straße 6
39104 Magdeburg
Tel.: 0391 / 625 03 30
www.gewerkschaftsjugend.de

DGB-Jugend Nord

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Tel.: 040 / 285 82 23
www.dgb-jugend-nord.de

DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen

Friedrich-Ebert-Straße 34–38
40210 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 368 31 35
www.dgb-jugend-nrw.de

DGB-Jugend Sachsen

Schützenplatz 14
01067 Dresden
Tel.: 0351 / 863 31 02
www.dgb-jugend-sachsen.de

DGB-Jugend Rheinland-Pfalz

Kaiserstraße 26–30
55116 Mainz
Tel.: 061 31 / 28 16 37
www.dgb-jugend-rlp.de

DGB-Jugend Saar

Fritz-Dobisch-Straße 5
66111 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 400 01 24
www.dgb-jugend-saar.de

Welche Gewerkschaft passt zu mir?

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

Beschäftigte aus dem Baugewerbe, der Agrar- und Forstwirtschaft sowie der Umwelttechnik; ca. 370.000 Mitglieder
Olof-Palme-Straße 19
60439 Frankfurt
Tel.: 069/95 73 70
Fax: 069/95 73 71 09
www.igbau.de



Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)

Beschäftigte aus dem Hotel- und Gaststätten-gewerbe, der Nahrungs- und Genussmittel-herstellung; ca. 220.000 Mitglieder
Haubachstraße 76
22765 Hamburg
Tel.: 040/38 01 30
Fax: 040/389 26 37
www.ngg.net



Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)

Beschäftigte aus der Bergbauwirtschaft, der chemischen sowie Erdöl-Industrie; ca. 730.000 Mitglieder
Königsworther Platz 6
30167 Hannover
Tel.: 0511/763 10
Fax: 0511/700 08 91
www.igbce.de



Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Beamtinnen, Beamte und Angestellte der Landes-polizeien, der Bundespolizei, des Zolls und der Berufsfeuerwehren; ca. 170.000 Mitglieder
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/399 92 10
Fax: 030/399 92 12 00
www.gdp.de



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Beschäftigte aus Schulen, Hochschulen, Kinder-gärten und Forschungseinrichtungen; ca. 250.000 Mitglieder
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt
Tel.: 069/78 97 30
Fax: 069/78 97 32 01
www.gew.de



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Beschäftigte der Deutschen Bahn und anderer Verkehrsunternehmen; ca. 250.000 Mitglieder
Weilburger Straße 24
60326 Frankfurt
Tel.: 069/753 60
Fax: 069/753 62 22
www.evg-online.org



Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)

Beschäftigte aus der Metall- und Elektroindustrie, der Holz- und Kunststoffverarbeitung sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie; ca. 2,4 Millionen Mitglieder
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt
Tel.: 069/669 30
Fax: 069/66 93 28 43
www.igmetall.de



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Beschäftigte aus Handel, Versicherungen, Banken, Medien, öffentlichem Dienst, Transport, Verkehr, Telekommunikation und Postdienstleis-tungen; ca. 2,3 Millionen Mitglieder
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Tel.: 030/69 56 -0
Fax: 030/69 56 31 41
www.verdi.de



Zehn gute Gründe für deine Mitgliedschaft

1. Gemeinsam stark!

Möglichkeiten, zusammen mit anderen für eine bessere Welt zu streiten und zu kämpfen.

2. Rechtsschutz

Für Gewerkschaftsmitglieder gibt es einen kostenfreien Rechtsschutz bei allen Streitigkeiten aus dem Arbeitsleben. Wenn es um Meinungsverschiedenheiten mit der Kranken-, Rentenversicherung oder der Berufsgenossenschaft geht, hilft der – ebenfalls kostenfreie – Sozialrechtsschutz.

3. Tarifliche Leistungen

Nur Mitglieder haben einen verbrieften Rechtsanspruch auf alle Leistungen aus den von den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifverträgen.

4. Unterstützung bei Streik, Aussperrung und Maßregelung

Wenn es bei Tarifverhandlungen hart auf hart kommt, unterstützt die Gewerkschaft ihre Mitglieder bei Streik und Aussperrung und Maßregelungen durch den Arbeitgeber.

5. Qualifizierung und Weiterbildung

Die Gewerkschaften bieten Bildungsveranstaltungen zu betrieblichen und gesellschaftspolitischen Themen an: Seminare, internationale Begegnungen, Sommer-/Winterschulen, Workshops u. v. m. Wissen ist Gegenmacht!

6. Freizeit-Unfallversicherung

Bei vielen Gewerkschaften ist eine Freizeit- und Unfallversicherung schon im Mitgliedsbeitrag enthalten. Wenn Mitglieder in der Freizeit einen Unfall erleiden und stationär behandelt werden müssen, gibt es ein Unfall-Krankenhaustagegeld. Außerdem eine Invaliditäts- oder Todesfallentschädigung.

7. Beratung und Information

Mitglieder können sich qualifiziert beraten lassen. Ob es um Rechte nach dem Tarifvertrag oder um ihre Stellung im Betrieb bzw. am Arbeitsplatz geht. Wichtige gewerkschaftliche Themen enthält die kostenlose Mitgliedszeitschrift. Darüber hinaus geben Info-Broschüren Auskunft zu aktuellen Sachthemen.

8. Spezialexservice

Mitglieder können in einigen Gewerkschaften Sonderkonditionen in Anspruch nehmen. Ob es um Reisen, Autokauf und -versicherung oder um Telekommunikation geht, für sie ist vieles günstiger.

9. Politische Arbeit

Der Bund der Gewerkschaften macht sich stark für eine solidarische Gesellschaft, in der Arbeit und Einkommen gerecht verteilt werden. Mit 7 Millionen Mitgliedern im Rücken haben die Gewerkschaften beträchtlichen Einfluss auf der politischen Bühne. Je mehr wir sind, desto größer sind unsere Möglichkeiten.

10. Aktion und Spaß

Gewerkschaften schaffen viele Gelegenheiten, gemeinsam etwas zu erleben und zusammen Spaß zu haben.

Ich möchte Mitglied werden!

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Vor- und Nachname	Geburtsdatum	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Straße / Hausnummer	PLZ / Wohnort	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
E-Mail (privat)	Telefon (privat)	
<input type="text"/>		Beruflicher Status
Beschäftigt bei / Beruf		<input type="checkbox"/> Arbeiter/in
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Angestellte/r
Monatl. Bruttoeink. / Eingruppierung	Name des Geldinstituts	<input type="checkbox"/> Beamtin/Beamter
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/> Auszubildende/r
Kontonummer Bankleitzahl	Datum und Unterschrift	<input type="checkbox"/> Student/in
		<input type="checkbox"/> Sonstiges

Ich bin damit einverstanden, dass die von mir gemachten Angaben einschließlich eventueller Änderungen und Ergänzungen zur Erledigung aller im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Aufgaben, insbesondere der Mitgliederbestandsverwaltung, der Mitgliederinformationen sowie des Beitragabzuges im erforderlichen Umfang – auch durch Datenträgeraustausch – mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet und genutzt werden können. Ich bevollmächtige nebenstehend angekreuzte Gewerkschaft, meinen satzungsgemäßen Beitrag bei Fälligkeit von meinem oben angegebenen Konto per Lastschrift abzubuchen. Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht ausweisen, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Einlöseverpflichtung. Die vorstehende Einverständniserklärung sowie die Lastschriftbevollmächtigung kann ich nur gegenüber der oben genannten Gewerkschaft widerrufen.

Datum und Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers

Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel ein Prozent des Bruttoeinkommens. Stark vergünstigte Beiträge gibt es für Studierende, Arbeitslose und Rentner. Weitere Infos unter: www.dgb.de/service/mitglied_werden

Ausfüllen, unterschreiben und an **DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin** schicken.

Selim Ramaj, 19
Auszubildender zum Fachangestellten für
Bäderbetriebe in Nürnberg, Jugend der
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Jeder Arbeiter sollte Mitglied in einer Gewerkschaft sein. Gemeinsam mit einer Gruppe oder einer Gewerkschaft erreicht man meinsam viel mehr. An der Gewerkschaftsarbeit beeindruckt mich der Zusammenhalt und das gemeinsame haupt- und ehrenamtliche Arbeiten. Besondere Freude bereitet mir das Vorbereiten von Demos und Aktionen mit denen man letztendlich seine Forderungen als Arbeitnehmer durchsetzen kann. Ich kämpfe gemeinsam mit meiner Gewerkschaft für bessere Ausbildungsverhältnisse und die Stärkung der Arbeiterklasse.



GEMEINSAM GEWINNEN.



GEWERKSCHAFTSJUGEND IN BEWEGUNG

